



Der rote Postler

Betriebszeitung der

Jahrgang 1 - 2026,

Nr. 7, Juli 2026



DKP BG
POST | KASSEL



Ver.di auf Friedenskurs

Die Mitgliederversammlung des Fachbereichs E im Bezirk Nordhessen will den Friedenskampf führen

Gekürzt aus: Tim Laumann: "Da machen wir nicht mit" Nordhessische Postler und Logistiker fassen weitreichenden Friedensbeschluss, UZ, 12.6.2026.

Im Rahmen der Organisationswahlen fand in Kassel am 30. Mai die Mitgliederversammlung des Fachbereichs für Speditionen, Logistik und Postdienste im ver.di-Bezirk Nordhessen statt. Ein von der Landesfachbereichsleitung gehaltenes Referat zur gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Ausrichtung wurde von den Kolleginnen und Kollegen hinterfragt. Der Krieg der anderen werde als Begründung für steigende Preise angeführt, die Aufrüstung der Bundesregierung als Grund des Sozialkahltschlags aber ausgelassen, so die Kritik. Einigkeit herrschte darüber, dass gegen den Sozialkahltschlag mobilisiert werden müsse – vor allem in den Betrieben. Das lokale Bündnis „Kürzen – nicht mit uns!“ benennt den Zusammenhang zwischen Militarisierung und Sozialabbau und mobilisiert gemeinsam mit dem ver.di-Bezirk zu einer Demonstration am 20. Juni in Kassel.

In den Anträgen, die der Mitgliederversammlung vorlagen, ging es zentral um Abwehrkämpfe gegen Verschlechterungen. Angriffe auf die Errungenschaften alter Beamter in den ehemaligen Staatsbetrieben müssen abgewehrt werden. Auch hier ist festzustellen, dass der Kampf besser und konsequenter geführt werden kann, wenn die Militarisierung als Grund für die Angriffe auf die Beschäftigten in den Blick genommen wird. Ein Antrag von kämpferischen Kolleginnen und Kollegen der Post fasst dieses Anliegen zusammen. Dieser zitiert zunächst ausführlich die Beschlüsse des DGB-Bundeskongresses, um sie dann auf die gewerkschaftliche Arbeit zu beziehen. Gerade Nordhessen und Kassel seien für die Logistik der NATO, der Bundeswehr und der Kriegsproduktion von großer Bedeutung. In den Betrieben bestehe die Gefahr der Anwendung des Arbeitssicherstellungsgesetzes, das den Einsatz von Wehrpflichtigen erlaube. Die Betriebe könnten im Kriegsfall zur Zielscheibe werden.

Fortsetzung auf S. 3.

Gemeinsam feiern

Unser Arbeitgeber ist schon lange dafür in den Schlagzeilen, mit seinem Einfluss nicht nur in Deutschland Geschäft zu machen. Er liefert auch in Kriegsgebiete und bietet dort Transport- und Logistikdienstleistungen für militärische Zwecke an. Das macht für die Deutsche Post ja auch Sinn. Am Krieg zu profitieren ist leichtes Geld. In unserem Interesse kann das natürlich nicht sein. Wer möchte in einem Betrieb arbeiten, der an der Ausbeutung schwächerer profitiert? Der sich die Taschen vollstopft mit Gewinnen die mit Blut getränkt und mit Leid behaftet sind? Und am Ende stehen wir mit dem Posthorn auf dem Rücken und dem DHL Logo auf der Brust auf der Straße und repräsentieren diesen Konzern. Ohne einem Cent mehr in der Tasche, ohne einer Sorge weniger im Alltag, da der Gewinn dieses Geschäfts nur wenigen zugute kommt.

Wer erkennt wie ungerecht das alles ist. Wer sieht, dass diese Muster in so vielen Bereichen unserer Wirtschaft erscheinen, der ist nicht allein. Am letzten August-Wochenende finden in Berlin die UZ-Friedenstage statt.

Vom 28. bis 30. August werden sich in Berlin nicht nur die Friedensbewegten aus Organisationen und Gewerkschaften bei der Deutschen Kommunistischen Partei und ihrer Zeitung treffen. Internationale Gäste wie Booker Omole, Generalsekretär der Kommunistischen Partei (Marxistisch) Kenias (CPM-K) oder Ana Prestes, Internationale Sekretärin der Kommunistischen Partei Brasiliens, werden aus ihren Ländern berichten. Die kleinsten Friedensbewegten werden mit ein bisschen Unterstützung der Großen ihr eigenes Friedensfest im Kinderbereich feiern. In großen und kleinen Diskussionsrunden werden wir gemeinsam über den Militarismus in diesem Land, antiimperialistischen Widerstand und den Kampf für ein besseres Leben sprechen. Und natürlich sind die UZ-Friedenstage der Ort, um fortschrittliche Künstler live zu erleben.



Was ist und was soll der "Rote Postler"?

Der rote Postler ist die Betriebszeitung der DKP Betriebsgruppe bei der Post in Kassel. Er erscheint seit dem Februar 2026 einmal im Monat. Die DKP, das ist die Deutsche Kommunistische Partei. Eine Kommunistische Partei organisiert die Arbeiter in ihren Reihen, die in der Arbeiterbewegung für eine konsequente Linie streiten: Die Arbeiter aller Länder haben andere Interessen als die Kapitalisten und die imperialistischen Staaten. Das führt zu einem Kampf - dem Klassenkampf. In dem schaffen sich die Arbeiter und als ihre konsequentesten Vertreter: die Kommunisten eine Waffe - ihre Betriebszeitungen - also den roten Postler.

Der rote Postler.

Betriebszeitung der DKP Betriebsgruppe Post Kassel.
Per Mail: bg-post-kassel@dkp.de
Website: bg-post-kassel.dkp.de
https://www.instagram.com/dkp_bg_post/
ViSdP: Wera Richter, Hoffnungsstraße 18
45127 Essen



POST | KASSEL

Im Antrag wird dazu formuliert: „Diese Kriege sind nicht unsere Kriege! Sie dienen dem Kampf der großen Kapitale des Westens um Einfluss. Auf beiden Seiten sterben vor allem die Arbeiter.“

Man wolle in den Betrieben über Krieg und Frieden diskutieren, auch um damit niemanden, der berechtigte Angst vor Krieg hat, „der Militaristenpartei AfD zu überlassen“. Ferner soll der Bezirksfachbereichsvorstand die Bewegung der Arbeiterjugend gegen die Wehrpflicht unterstützen, und dazu Kontakt zur Gewerkschaftsjugend, dem politischen Bündnis „Nein zur Wehrpflicht“ und dem Schulstreikkomitee aufnehmen, um Möglichkeiten konkreter Solidarität zu organisieren. Es soll sogar geprüft werden, ob der Schulstreikbewegung Zugang zu den Jugend- und Auszubildendenversammlungen ermöglicht werden kann. Außerdem wird der Bezirksfachbereichsvorstand beauftragt, sich mit der Broschüre „Die Betriebe entrüsten“, die von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) herausgegeben wurde, zu befassen und eine Veranstaltung mit der Gewerkschaftssekretärin, Autorin und Friedensaktivistin Ulrike Eifler zu organisieren. Die 4. Gewerkschaftskonferenz für den Frieden in Würzburg soll unterstützt und es soll geprüft werden, ob eine Delegation entsandt werden kann.

Nach kurzer Diskussion entschied sich die Versammlung mit überwältigender Mehrheit, dem Antrag zuzustimmen. Damit die Beschlüsse umgesetzt werden, wählte die Mitgliederversammlung aktive Gewerkschafter und Friedenskämpfer in den Bezirksfachbereichsvorstand. Die Arbeit geht weiter – auf höherem Niveau.



“Diese Kriege sind nicht unsere Kriege”

Aus dem Beschluss

Die Mitgliederversammlung des Bezirksfachbereichs E in Nordhessen möge beraten und beschließen:

- Kassel und Nordhessen sind Rüstungsstandorte und Standorte der Logistik für die NATO-Manöver, die Bundeswehr- und die Rüstungslogistik. Das macht uns zur Zielscheibe militärischer Eskalation.
- Post und Logistik fallen im Falle militärischer Eskalation unter das „Arbeitssicherstellungsgesetz“, dass die freie Wahl des Arbeitsplatzes einschränkt, gewerkschaftliche Rechte aufhebt und zur Zwangsverpflichtung zur Arbeit wie zum Einsatz von Wehrpflichtigen in unseren Betrieben führen kann.

Wir nordhessischen Postler und Logistiker erklären: Diese Kriege sind nicht unsere Kriege! Sie dienen dem Kampf der großen Kapitale des Westens um Einfluss. Auf beiden Seiten sterben vor allem die Arbeiter.

Wir nehmen den Beschluss des DGB-Bundeskongresses zum Anlass, in unseren Betrieben offensiv über Krieg und Frieden und die Rolle der Gewerkschaften als Arbeiterorganisationen zu diskutieren. Viele Kolleginnen und Kollegen haben Angst vor dem Krieg und wir werden gerade diese nicht den Rattenfängern der Militaristenpartei AfD überlassen.

Die Mitgliederversammlung beauftragt den Bezirksfachbereichsvorstand: (...)

- Kontakt aufzunehmen zur Ver.di- und DGB-Jugend, zum politischen Bündnis „Nein zur Wehrpflicht“ in Kassel und dem Kasseler Schulstreikkomitee, Möglichkeiten der Unterstützung, der Solidarität mit dem Kampf der Arbeiterjugend gegen die Wehrpflicht zu beraten und über die Aktionen in den Betrieben zu berichten.
 - Wo möglich sollen die Aktivisten auf Jugend- und Auszubildendenversammlungen zusammen mit Kolleginnen und Kollegen des Bezirksfachbereichsvorstandes über die Pläne zur Wiedereinführung der Wehrpflicht, die betrieblichen Auswirkungen und den Kampf der Arbeiterjugend dagegen, aufklären. (...)

Dummes Zeug

Dumm rumhocken ist nicht!

Das kennen wir alle... Hart arbeiten, schön im Akkord den Bezirk stellen, Pakete verteilen, Kurzbriefe sortieren. Völlig im Stress läuft man da morgens durch den Betrieb, sieht man plötzlich die üblichen Verdächtigen in der Raucherecke am chillen. Was soll das? Am Ende müssen wir denen noch hinterher arbeiten, nur damit die sich da einen gemütlichen machen können.

So zumindest in der Art hört man den ein oder anderen Kollegen lästern. Was wohl schnell vergessen wird, ist dass niemand dazu verpflichtet ist sich dem morgentlichen Stress so ergeben. Natürlich muss man seiner Arbeit nachkommen und bestenfalls pünktlich um 9:00 Uhr ausrücken, dennoch muss es möglich sein zwischendurch Zeit zum verschnauften zu haben. Uns stehen Ruhezeiten zu, und wie man sich diese einteilt ist jedem selbst überlassen. 2 Minuten pro angefangene Stunde werden uns Tarifvertraglich zugeschrieben. Allein das sind auf den Tag gerechnet 16 Minuten zusätzlich zu der halben Stunde Pause.

Wer sich morgens diese Pause nicht leisten will, der soll sie sich nicht leisten. Wer sie sich nicht leisten kann, sollte wohl eher hinterfragen, woran das wohl liegen mag. Ist der Bezirk zu groß? Ist die Zeit zu knapp?

Also, dumm rumblöcken gibt's nicht! Setzt euch lieber dazu, raucht eine mit. Euch nutzt der Stress nicht.

Dummes Zeug (II)

Unpolitische Gewerkschaftsarbeit?

Man könne dem Friedensantrag nicht so einfach zustimmen, denn *“man wisse ja nicht, welche Partei dahinter stecke”*.

Nun, hinter den besprochenen Friedenskonferenz “stecken” in der Gewerkschaft organisierte Friedenskämpfer aus fast allen Parteien, die in der Gewerkschaftsbewegung vertreten sind. Man nennt es **Einheitsgewerkschaft**. Aber darum ging es der Fragestellerin auf der Ver.di-Mitgliederversammlung nicht. Es ging um die Kommunisten. Die Unterstellung ist, dass Gewerkschaftsarbeit unpolitisch sei und nur böse anderweitig organisierte etwas politisches “Hineintragen” würden.

Ist die Unterstützung einer Kriegstreiber-Regierung nicht politisch? Der Kapitalexpert der DHL in alle Herren Länder, das Geld verdienen an Krieg, Rüstung und Tod? Die Individualisierung anstelle der Organisation, die Konkurrenz anstelle der Solidarität? Stellvertreterpolitik, Sozialpartnerschaft, Duckmäusertum, all das ist politisch. Fragen wir uns weniger, ob etwas politisch ist oder nicht, und mehr, wem es nützt.

Der Krieg, der nutzt den hohen Herren in den westlichen Ländern, der nutzt den Monopolherren, den Aktionären, denen, die bei uns Arbeit verdichten um Kapital in die ganze Welt zu exportieren.

Die Solidarität der Arbeiter auf der ganzen Welt, die nicht mehr für die Interessen ihrer Herren aufeinander schießen, der Kampf um den Frieden, der Klassenkampf darum, wer über Kriegs- oder Friedensproduktion entscheidet, der nutzt den Arbeitern. Dafür stehen Kommunisten.



Jetzt
6 Wochen
kostenlos
testen

Ich möchte gerne:

Die UZ sechs Wochen gratis probelesen (Print & Online).

☐ Print ☐ Online ☐ Print & Online

Der Bezug endet automatisch

☐ Weitere Informationen über die DKP

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Einsenden an: CommPress Verlag GmbH, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen / Mail: abo@unsere-zeit.de